



21.12.2016

Vernehmlassungsbericht zur Genehmigung des Klimaübereinkommens von Paris

Auswertung der Vernehmlassung

1 Ausgangslage (Inhalt der Vorlage)

An der 21. Konferenz der Vertragsparteien zur UNO-Klimakonvention (*United Nations Framework Convention on Climate Change, UNCCC*), die im Dezember 2015 in Paris stattfand, beschloss die Staatengemeinschaft ein neues Klimaabkommen für die Zeit nach 2020.

Das Übereinkommen von Paris markiert einen Meilenstein in der Entwicklung der internationalen Umwelt- und Klimapolitik, weil die starre Zweiteilung der Staatengemeinschaft in Industrie- und Entwicklungsländer in der Klimakonvention und im Kyoto-Protokoll weitgehend aufgehoben wird. Erstmals sind alle Staaten zu konkreten Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgase verpflichtet, wobei sie ihre Ziele entsprechend ihren individuellen Voraussetzungen selber festlegen dürfen. Das Übereinkommen von Paris schafft einen rechtlich verbindlichen Rahmen und enthält dynamische Elemente zur Erhöhung der Reduktionsleistungen.

Im Vorfeld zur Klimakonferenz in Paris waren alle Staaten angehalten, ihre Absichten zur Reduktion der Treibhausgase (*Intended Nationally Determined Contributions, INDC*) für die Zeit nach 2020 einzureichen. 190 Länder sind dieser Aufforderung nachgekommen und haben ihre Reduktionsabsichten bekannt gegeben. Werden diese Ziele konsequent umgesetzt, erwärmt sich das globale Klima gemäss Modellrechnungen bis ins Jahr 2100 um ca. 2,7 Grad Celsius. Die kritische Schwelle, ab welcher eine gefährliche Störung des Klimasystems wahrscheinlich eintritt, wird damit deutlich verfehlt.

Das Übereinkommen von Paris liegt seit 22. April 2016 in New York zur Unterzeichnung auf. Inzwischen haben es mehr als 115 Länder bereits ratifiziert und das Übereinkommen ist seit dem 4. November 2016 in Kraft. An der letzten Klimakonferenz in Marrakesch hat bereits die erste Vertragsparteienkonferenz¹ zum Übereinkommen von Paris (*Conference of the Parties serving as the Meeting of the Parties to the Paris Agreement, CMA*) begonnen.

Mit der Zustimmung des Parlaments und der Ratifikation des Übereinkommens von Paris wird für die Schweiz das am 27. Februar 2015 beim UNO-Klimasekretariat eingereichte vorläufige Emissionsreduktionsziel (*Intended Nationally Determined Contribution, INDC*), bis 2030 die Treibhausgasmissionen um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken und dabei teilweise ausländische Emissionsreduktionen anzurechnen, ohne anderweitige Eingabe definitiv. Dieses gilt dann als nationales Reduktionsziel bis 2030 (*Nationally Determined Contribution, NDC*). Die Zielerreichung ist international nicht rechtlich verbindlich. Verbindlich ist jedoch die Ergreifung von inländischen Massnahmen zur Erreichung des Ziels.

Mit der Genehmigung des Übereinkommens von Paris wird die Schweiz rechtlich verpflichtet, alle fünf Jahre ein Emissionsreduktionsziel einzureichen, welches jeweils ambitionierter als das vorangehende ist und entsprechende Massnahmen zur Umsetzung des Übereinkommens zu ergreifen. Sie wird wie bereits unter der Klimakonvention weiterhin über die Entwicklung der Treibhausgasemissionen, die geplanten Reduktionsmassnahmen sowie die Beiträge für die internationale Klimafinanzierung Bericht erstatten. Das Übereinkommen von Paris und die unter dem Übereinkommen eingereichten Emissionsreduktionsziele werden in der nationalen CO₂-Gesetzgebung umgesetzt. Dafür ist eine Totalrevision des CO₂-Gesetzes vom 23. Dezember 2013 (SR 641.71) vorgesehen, insbesondere um die Ziele und Massnahmen nach 2020 zu verankern. In Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel hat die Schweiz bereits heute die internationalen Verpflichtungen weitgehend umgesetzt. Um einen angemessenen Beitrag an die gemeinsame Verpflichtung der Länder im Bereich Klimafinanzierung zu leisten, wird die Schweiz die von ihr mobilisierten Mittel aus öffentlichen und privaten Quellen erhöhen müssen.

2 Vernehmlassungsverfahren

Die Genehmigung des Übereinkommens von Paris wurde im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage „Klimapolitik der Schweiz“ zusammen mit den thematisch eng verknüpften Vorlagen zum bilateralen Abkommen mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme und zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2020 zur Diskussion gestellt. Die Vernehmlassung dauerte vom 31. August bis zum 30. November 2016. Einige Adressaten haben eine Fristverlängerung beantragt. Alle bis zum 7. Dezember 2016 eingegangenen Stellungnahmen wurden im vorliegenden Vernehmlassungsbericht berücksichtigt. Der vorliegende Bericht umfasst lediglich die für die Genehmigung des

¹ Die Vertragsparteienkonferenz setzt sich aus den Ländern zusammen, welche das Übereinkommen von Paris ratifiziert haben.

Übereinkommens von Paris relevanten Rückmeldungen aus den Stellungnahmen. Zu den Stellungnahmen betreffend die Totalrevision des CO₂-Gesetzes und zum bilateralen Abkommen mit der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme wird ein separater Vernehmlassungsbericht erstellt. Da das Übereinkommen von Paris nur integral angenommen oder abgelehnt werden kann, konnte zu den einzelnen Artikeln nicht differenziert Stellung genommen werden. Im vorliegenden Bericht konnten angesichts der grossen Anzahl der Vernehmlassungsteilnehmenden (nachfolgend „Teilnehmende“) in der Auswertung nur die häufigsten und wichtigsten Punkte reflektiert werden. Im Interesse der Übersichtlichkeit wurde im vorliegenden Bericht darauf verzichtet, alle Argumentationen und Begründungen einzeln wiederzugeben.

3 Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen

	Eingeladen	Eingegangene Stellungnahmen
Kantone und Gemeinden	26	24
Konferenzen, Kommissionen, Gemeindeverbände	15	10
Politische Parteien	13	9
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	17	39
Energiewirtschaft und energiepolitische Organisationen	32	37
Organisationen des privaten und öffentlichen Verkehrs	14	10
Umweltschutzorganisationen	5	21
Sonstige Organisationen und Verbände	33	33
Private Personen und Firmen	-	63
Total	155	246

4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Für die Genehmigung des Klimaübereinkommens von Paris sind die folgenden zwei Fragen aus dem Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage bedeutend (Anhang zum erläuternden Bericht): *Soll die Schweiz das Übereinkommen von Paris ratifizieren?* (Frage 2) *Sind Sie mit dem Gesamtziel² und mit dem Durchschnittsziel³ der Schweiz einverstanden?* (Frage 3). Die eingegangenen Stellungnahmen zu den anderen zwei Vorlagen werden nach deren Auswertung im entsprechenden Vernehmlassungsbericht wiedergegeben.

4.1 Ratifikation des Übereinkommens von Paris durch die Schweiz

Bezüglich der Frage der Ratifizierung des Übereinkommens von Paris durch die Schweiz zeichnen die eingegangenen Stellungnahmen ein sehr klares Bild: fast 95 Prozent der Teilnehmenden sprachen sich in den Stellungnahmen für eine Ratifikation aus. Als Gründe wurden die Position und Rolle der Schweiz, die Effektivität des Übereinkommens zur Bekämpfung des Klimawandels sowie die positiven Effekte auf die schweizerische Wirtschaft genannt. Vor allem in den Stellungnahmen vieler Umweltorganisationen (z.B. *Umweltallianz*), zahlreicher Kantone (z.B. *Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrho-*

² Verminderung der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent bis 2030 gegenüber 1990.

³ Verminderung der Treibhausgasemissionen um 35 Prozent im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2030 gegenüber 1990.

den, Glarus, Graubünden, Zürich, Zug), von Wirtschaftsverbänden und energiepolitischen Organisationen (z.B. *SES, Swissmem, Travail.Suisse*) sowie von einigen politischen Parteien (z.B. *CVP, Junge Grüne, SP*) ging deutlich hervor, dass eine schnelle Ratifikation nötig sei, damit die Schweiz als Vertragspartei an der Ausarbeitung der Detailregelungen mitwirken könne. Als weitere Gründe wurde die Wichtigkeit einer Ratifikation für die Position der Schweiz in der internationalen Diplomatie, für die Handelsbeziehungen, aber auch für das Image der Schweiz genannt. Einige Kantone haben zudem auf die spezifischen Risiken des Klimawandels hingewiesen, welchen die Schweiz aufgrund ihrer geographischen Lage ausgesetzt ist und entsprechend die Bedeutung einer Ratifikation der Schweiz hervorgehoben. Aus der Sicht eines Grossteils der Teilnehmenden ist das Übereinkommen von Paris ein wichtiges und effizientes Instrument für die Reduktion der Treibhausgase und ein wichtiger Schritt in der globalen Bekämpfung des Klimawandels. Oft betont wurde zudem die Wichtigkeit einer internationalen Lösung für die Problematik des Klimawandels. Positiv zu werten sei, dass das Übereinkommen von Paris eine Verschiebung der Finanzflüsse in Richtung nachhaltige und emissionsarme Entwicklung vorsehe. Einige Kommentare heben hervor, dass eine schnelle Wende zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft begünstigend sei für Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem wird das Übereinkommen von Paris auch explizit als eine Chance wahrgenommen, um die Kosten des Nichthandelns zu vermeiden. Vereinzelt wurde zudem auf die Bedeutung des Übereinkommens für die Entwicklungsländer hingewiesen und auf die Verantwortung, die die Schweiz aufgrund der vergangenen und aktuellen Emissionen hat, das Übereinkommen zu unterzeichnen.

Die wenigen ablehnenden Stimmen (z.B. *SVP, Swissoil, IKLIS*) haben vor allem damit argumentiert, dass die Schweiz im internationalen Vergleich nicht viele CO₂-Emissionen generiere, die Emissionsreduktionsziele zu hoch seien. Damit würden die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum der Schweiz gefährdet.

4.2 Das Schweizer Gesamt- und Durchschnittsziel für die Emissionsreduktion bis 2030

Die Rückmeldungen auf die zweite Frage, welche sich auf das Gesamt- und das Durchschnittsziel der Schweiz bezieht, sind kontroverser. Die Auswertung des Fragebogens ergibt, dass etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmenden, davon viele Parteien (z.B. *BDP, CVP, FDP, glp*) und Kantone (z.B. Kantone *Aargau, Graubünden, Luzern, Tessin, Zug*), mit dem Gesamtziel grundsätzlich einverstanden sind. Viele haben dafür keine Begründung angegeben. Geäusserte Gründe waren, dass die Ziele eine Chance für die Schweizer Wirtschaft darstellen, die Verantwortung der Schweiz als Industrieland mit nicht zu vernachlässigenden Emissionen widerspiegeln würden und sowohl realistisch wie auch realisierbar seien. Es wurde auch genannt, dass die Ziele zwar zu unterstützen seien, es aber wichtig sei, die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft sicherzustellen. Unter jenen, die mit den Zielen grundsätzlich einverstanden sind, gab es aber auch kritische Stimmen, welche vor allem die Festlegung des In- / Auslandanteils (z.B. *economiesuisse, EV, FDP, SGV*) sowie das Durchschnittsziel (z.B. *CVP, Kantone Fribourg und Aargau*) betreffen. In einigen Stellungnahmen wurde trotz Unterstützung der Ziele angemerkt, diese seien zu erhöhen (z.B. *Swisscleantech, Kanton Genf, glp*).

Die Gründe, weshalb etwas weniger als die Hälfte der Teilnehmenden die Ziele ablehnen, sind sehr unterschiedlich. Ein Grossteil der Umwelt- und energiepolitischen Organisationen (z.B. *Klimaallianz, WWF, Helvetas, SES, Swissolar*) lehnen die Ziele ab und fordern sowohl ein höheres Gesamtziel als auch höhere Inland- und Auslandsziele. Auch unter den Stellungnahmen von Wirtschaftsdachverbänden (z.B. *Travail.Suisse*), politischen Parteien (z.B. *Junge Grüne, SP*) sowie Kantonen und Gemeinden (z.B. Kanton *Schaffhausen, die Städte Zürich und Genf*) gab es eine bedeutende Anzahl, welche die vorgeschlagenen Ziele aufgrund ungenügender Ambition ablehnen und höhere Ziele fordern. Dabei wurde oft darauf hingewiesen, dass die Ziele nicht genügend hoch seien, um die Temperaturerwärmung auf unter 1.5 Celsius Grad zu halten, und daher nicht im Einklang stünden mit den Zielen des Übereinkommens von Paris. Als weiterer Grund für die Ablehnung der Ziele wurde zudem genannt, dass ungenügende Reduktionsziele höhere Kosten für Emissionsreduktionsmassnahmen nach 2030 zur Folge haben würden.

In anderen Stellungnahmen hingegen wurden die Ziele abgelehnt (z.B. *SVP, Kantone Basel-Landschaft und Zürich, Swissoil*). Gründe sind, dass diese als zu ambitiös betrachtet werden, die Zeit für dessen

Umsetzung zu kurz und eine Zielerreichung unrealistisch sei. Vereinzelt wurde gefordert, das Gesamtziel der Schweiz an dasjenige der Europäischen Union⁴ anzupassen.

In einigen Stellungnahmen wurde zudem verlangt, die Sektorziele auf Kosten des Gesamtziels zu streichen. Die Festlegung eines Durchschnittsziels für die Jahre 2021 bis 2030 wird von einer leichten Mehrheit mit den Argumenten befürwortet, ein Durchschnittsziel sei sinnvoll, um jährliche Schwankungen auszugleichen, die Bedeutung eines stetigen Absenkpfeils zu unterstreichen und um das zentrale Konzept des CO₂-Budgets zu etablieren (z.B. *SGV, Swissem, SES, WWF, Swisscleantech, SP*). Die Gegner hingegen empfinden ein Durchschnittsziel als wenig aussagekräftig, da Absenkpfade nicht linear erfolgen, die Verschärfung von Massnahmen verzögert Wirkung zeigen würde und Durchschnittsziele eine flexible Anrechnung von Massnahmen erschweren könnten (z.B. *FDP, Kanton Aargau*).

⁴ Reduktion um 40% bis 2030 gegenüber 1990, ohne Verwendung internationaler Marktmechanismen.

5 Anhang

Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden:

Aargauischer Waldwirtschaftsverband
Aeugst am Albis
AG Berggebiet Solidaritätsfond Luzerner Bergbevölkerung
AG Ziegelwerke Muri
Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE)
AGZ Ziegeleien AG
Akademien der Wissenschaften Schweiz
Alliance Sud
Aluminium-Verband Schweiz
Aqua Nostra Schweiz
Association Transports et Environnement (ATE)
Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera (ACSI)
Autogewerbe Verband Schweiz (AGVS)
auto-schweiz
BASF Schweiz AG
Bauenschweiz – Dachorganisation der Schweizerischen Bauwirtschaft
Bell AG
Bildungscoalition NGO
Bio Suisse
Biofuels – Verband der Schweizerischen Biotreibstoffindustrie
Biomasse Schweiz
BirdLife Schweiz
Bürgerlich Demokratische Partei BDP
Business Campaigning GmbH
Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
Cemsuisse – Verband der schweizerischen Cementindustrie (Cemsuisse)
Centre Patronal
Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève
Chambre neuchâteloise du commerce de l'industrie (CNCI)
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)
Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis
Cleantech Agentur Schweiz act
Climat Genève
Coalition Environnement et Santé pour un transport Aérien Responsable (CESAR)
Coop
Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (DOJ)
Dominique Bucheli
Dottikon Exclusive Synthesis AG
DSV Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber
Eco Suisse Group AG
ECO SWISS
economiesuisse – Verband der Schweizer Unternehmen
Education 21 – Bildung für nachhaltige Entwicklung
Eidgenössische Elektrizitätskommission (EICOM)
Emmi Schweiz AG
EMS-CHEMIE AG
Energie 360° AG

ENERGIE SEELAND AG
Energie Thun AG
Energie Wasser Bern
Energie Zukunft Schweiz
Energie Zürichsee Linth AG
Energieforum Schweiz
Energy Center ETH
Entwicklung Schweiz
Erdgas Innerschwyz AG
Erdöl-Vereinigung EV
Espace Real Estate AG
ewl energie wasser luzern
Fachvereinigung Wärmepumpen Schweiz
Faktor-Plus KI GmbH
FASTENOPFER
FDP. Die Liberalen.
Fédération des Entreprises Romandes
Fédération Romande des Consommateurs (FRC)
Fédération romande immobilière
Fenaco Genossenschaft
First Climate Group
Flughafen Zürich AG
Flühli Sörenberg
Flumroc AG
Forum PME
Fossil-free
Fromarte
Gasverbund Mittelland AG
GAZNAT SA
General Electric (Switzerland) GmbH
Genève aéroport
Genossenschaft Ökostrom Schweiz
Gerhard Stehlik
Grands-parents pour le climat
Greenpeace Schweiz
Groupe E
Grünliberale Partei (glp)
Gruppe der Schweizerischen Gebäude Industrie (GSGI)
Handelskammer beider Basel
Hauseigentümerverband Schweiz (HEV)
Helvetas Swiss Intercooperation
Hergiswiler Glas AG
Hermes Investment Management
Holzbau Schweiz
Holzenergie Schweiz
Holzindustrie Schweiz
Hotelleriesuisse
hotelleriesuisse Graubünden
IB Langenthal AG
IBAAarau AG
IBB Energie AG
ibk Industrielle Betriebe Kloten AG
Infrapark Baselland AG
InfraWatt
Initiative des Alpes
Initiative gegen den Klima-Swindel (IKLIS)

Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen (IGEB)
Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS)
Isolsuisse
IWB Industrielle Werke Basel
JardinSuisse Unternehmensverband Gärtner Schweiz
Jean-Pierre Budliger
Junge Grüne Schweiz
Jungfreisinnige Schweiz
Kalkfabrik Netstal AG (KFN)
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden
Keller AG Ziegeleien
Kimberly-Clark GmbH
Klimaallianz Schweiz
KlimaSeniorinnen Schweiz
Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft
Lignum - Holzwirtschaft Schweiz
Lonza AG
Metall Service Menziken AG
Metoxit AG
Michelle de Rougemont
Migros
my blue planet
myclimate
Netzwerk Kinderrechte Schweiz
Nongovernmental International Panel on Climate Change
oeku Kirche und Umwelt
ökozentrum
Parahotellerie Schweiz
Philippe Thalmann
Pro Natura
Pro Velo Schweiz
Prométerre
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden
Regierungskonferenz der Gebirgskantone
Regio Energie Solothurn
regioGrid
Roman Bolliger
Rudolf Schmid AG
Saphirwerk AG
SBB AG
Schweiz.-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec)
Schweizer Milchproduzenten SMP / Swissmilk
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV)
Schweizerische Energie-Stiftung (SES)
Schweizerische Greina-Stiftung (SGS)
Schweizerische Volkspartei (SVP)
Schweizerischer Bauernverband (SBV)
Schweizerischer Baumeisterverband (SBV)
Schweizerischer Fachverband für Sonnenenergie (Swissolar)
Schweizerischer Fachverband für Wärmekraftkopplung
Schweizerischer Gemeindeverband
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)
Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein (SIA)

Schweizerischer Katholischer Frauenbund (SKF)
Schweizerischer Mieter- und Mieterinnenverband (SMV)
Schweizerischer Pensionskassenverband (ASIP)
Schweizerischer Städteverband
Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW)
Schweizerischer Vereinigung für Geothermie (SVG)
Scienceindustries
Seilbahn Schweiz
Services Industriels de Genève
Solar Agentur Schweiz
South pole group
Sozialdemokratische Partei (SP)
Staatskanzlei des Kantons Aargau
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
Staatskanzlei des Kantons Glarus
Staatskanzlei des Kantons Graubünden
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden
Staatskanzlei des Kantons Obwalden
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen
Staatskanzlei des Kantons Schwyz
Staatskanzlei des Kantons Solothurn
Staatskanzlei des Kantons Thurgau
Staatskanzlei des Kantons Zug
Staatskanzlei des Kantons Zürich
Stadt Solothurn
Stadt Zürich
Standeskanzlei des Kantons Uri
Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation (Klik)
Stiftung Praktischer Umweltschutz (Pusch)
Stiftung TRIGON
strassenschweiz - Verband des Strassenverkehrs (FRS)
StWZ Energie AG
Swiss Beef
Swiss cleantech Association
Swiss Electricity
Swiss Engineering (STV)
Swiss International Air Lines Ltd.
Swiss International Airport Association (SIAA)
Swiss Krono AG
Swiss Steel AG
Swiss Sustainable Finance
Swiss textiles
Swissaid
Swisselectric
SwissFarmerPower Inwil AG
Swissmem
Swissoil
Swisspower Netzwerk AG
SWL ENERGIE AG
Syngenta Crop Protection AG
Technische Betriebe Uzwil
Thomas Eiche GmbH
Toni W. Püntener
Touring Club Schweiz (TCS)
Trägerverein Energiestadt
Travail.Suisse

Umweltallianz
Umweltfreisinnige St.Gallen (UFS)
Union suisse des professionnels de l'immobilier (uspi)
Valorec Services AG
Verband Aargauischer Stromversorger
Verband der Bürgergemeinden und Korporationen
Verband der Schweizerischen Gasindustrie VSG
Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie
Verband Effiziente Energie Erzeugung (V3E)
Verband Fernwärme Schweiz
Verband historischer Eisenbahnen Schweiz (HECH)
Verband Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP)
Verband Schweizerische Ziegelindustrie (VSZ Swissbrick)
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)
Verein Clean Fuel Now
Verein Senke Schweizer Holz
Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie (VMI)
Ville de Lausanne
Wald Schweiz
Walliser Bergbahnen WBB c/o APROA AG
Werke am Zürichsee AG
Wettbewerbskommission (Weko)
WWF Schweiz
Wynagas AG
Ziegeleien Freiburg & Lausanne AG
Ziegelwerke Roggwil AG
ZZ Wancor AG